

Ruhr Nachrichten

06.07.2002 / Lokalausgabe Dortmund

Notschlafstelle droht Aus

Beim Sozialen Zentrum in der Westhoffstraße schrillen die Alarmglocken. Die Sparmaßnahmen der Stadt gefährden die Einrichtungen der Drogenhilfe (wir berichteten). Deshalb muss wahrscheinlich das „Relax“, die Nachtbetreuung für obdachlose Drogenabhängige am Schwanenwall, zum 1. Oktober geschlossen werden. Betroffen sind dann nicht nur vier hauptamtliche und zehn studentische Mitarbeiter, die mit ihrer Kündigung rechnen müssen, sondern rund 300 Junkies. „Die Schwächsten der Gesellschaft“, ärgert sich Manfred Scheibel, Geschäftsführer der Gesellschaft für paritätische Zusammenarbeit Dortmund. Schuld an der Finanzmisere sind die ungeklärten städtischen Zuschüsse.

Seit zweieinhalb Jahren schleppt sich der Abschluss neuer Verträge hin. Offen ist selbst die Frage, in welcher Höhe die Finanzspritze im laufenden Geschäftsjahr ausfallen wird. Um das aktuelle Angebot der Drogenberatung (Drobs) mit der Notschlafstelle Relax aufrecht zu erhalten, liegt das aktuelle Angebot des Gesundheitsamtes um 130 000 Euro zu niedrig.

Damit können wir nicht arbeiten und müssen die Konsequenzen ziehen“, betont der Geschäftsführer des Sozialen Zentrums. Und die treffen nicht nur die Drogen-, sondern auch die Frauen- und Familienhilfe. Die schwarze Liste: vorläufige Aussetzung der Wiederbesetzung einer Fachstelle in der Schwangerschaftskonfliktberatung, Streichung des Weihnachtsgeldes 2002 für die 120 Mitarbeiter des Sozialen Zentrums, Schließung von „Relax“ und Einschränkung des Angebotes des Drogencafés Flash.

Anlass genug für das Soziale Zentrum, verantwortliche Politiker am Freitag zu einem Krisengespräch einzuladen, um ihnen die Brisanz der Lage klarzumachen. „Die Politik drückt sich“, ist die einhellige Meinung von Vorstand und Geschäftsführung der gemeinnützigen Gesellschaft. In der nächsten Woche treffen sie sich mit der Leiterin des Gesundheitsamtes, Dr. Annette Düsterhaus. „Wenn uns die Behörde bis zum 15. August nicht mehr Geld zusagt, bedeutet das das Aus für die Notschlafstelle. Die ist nämlich die einzige Einrichtung, die zu 100 Prozent durch kommunale Mittel gefördert wird“, sagt Geschäftsführer Manfred Scheibel. Bis dahin gilt beim Sozialen Zentrum das Prinzip Hoffnung.

mup